

Newsletter CDU-Fraktion – Nr.19/Okttober 2020

**Bahnausbau: Hoffnung auf Verbesserungen +++ Uni-Medizin:
Einsatz der Region zahlt sich aus +++ Haarentor: Fraktion unterstützt Projekt**

Fliegerhorst: Rat macht Weg für Trasse frei



Alle Varianten im Überblick. Die Wahl fiel auf Trasse 5, die in die Ammerländer Heerstraße mündet.

Der Weg für die Verbindungsstraße auf dem Fliegerhorst-Gelände ist frei. Mit den Stimmen von CDU, SPD und WFO-LKR sprach sich der Stadtrat in seiner September-Sitzung mehrheitlich für Trassenvariante 5 aus. „Wir entwickeln auf dem Fliegerhorst einen neuen Stadtteil mit rund 3000 Einwohnern. Daher ist es wichtig, diesen auch verkehrstechnisch gut zu erschließen“, kommentierte Fraktionschef Olaf Klaukien die Entscheidung. Die

geplante Verbindung entlaste die Straßen im Stadtnorden, der aufgrund zahlreicher Baugebiete in den vergangenen Jahren ohnehin schon deutlich gewachsen sei. Vor allem die Alexanderstraße musste zuletzt immer mehr Verkehr aufnehmen. „Daher ist es richtig, die Chance der Fliegerhorst-Erschließung zu nutzen und die Infrastruktur in Oldenburg weiterzuentwickeln“, sagte Klaukien.

Die Argumente für Trasse fünf, die auf westlicher Seite an die Ammerländer Heerstraße angebunden wird, legte Michael Schilling in seiner Ratsrede dar: „Das Ergebnis der öffentlichen Auslegung hat uns in der Auffassung bestätigt: Variante fünf ist die am besten geeignete Trasse! Sie zerschneidet das Gebiet nicht. Das ist

Wichtige Etappen



Baustelle Fliegerhorst Bild: Bloch

August 2016:

Zustimmung Masterplan
Fliegerhorst

Dezember 2018:

Aufstellungsbeschluss

September 2019:

Erster Hausbau startet auf
dem Fliegerhorst

Frühjahr 2020:

Auslegungsbeschluss mit
Trassenvariante 5 erfolgt

September 2020:

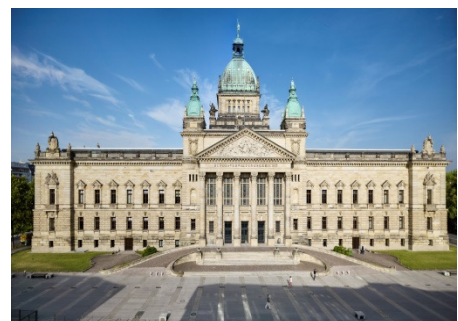
Rat beschließt Änderung
des Flächennutzungsplans
und B-Plan

aus unserer Sicht naturschutzrechtlich von hoher Bedeutung.“ Zudem sei die Trasse auch verkehrstechnisch sinnvoll. Denn es sei davon auszugehen, dass nur etwa 25 Prozent der Fahrzeuge das Famila-Gelände direkt ansteuern wollen. Das bedeute im Umkehrschluss, dass bei einer direkten Anbindung an Famila, so wie sie in Variante 5a alternativ diskutiert wurde, die restlichen 75 Prozent über den Posthalterweg hätten abgewickelt werden müssen. „Und das sehen wir kritisch“, begründete Schilling.

Eine große Rolle spielen für die CDU-Fraktion auch die rechtlichen Aspekte. Da zu vermuten ist, dass die Änderung des Flächennutzungsplans und der Bebauungsplan von Gegnern der Trasse beklagt werden, muss die politische Entscheidung einer möglichen juristischen Anfechtung vor dem Verwaltungsgericht standhalten. „Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung sämtliche Rechtsfragen sauber geklärt hat“, sagte Fraktionschef Klaukien und verwies auf die vorliegenden Gutachten.

Bahnausbau: Gericht entscheidet am 15. Oktober

Die Entscheidung über die Klage der Stadt Oldenburg gegen den Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven steht kurz bevor. Für den 15. Oktober hat das Bundesverwaltungsgericht das Urteil angekündigt. Die Verhandlung am 30. September sorgte für ein positives Echo. „Der Senat hat sich detailliert mit den vielen Einwendungen auseinandergesetzt. Die Kläger wurden ernstgenommen“, lautete das Zwischenfazit von Olaf Klaukien, der an der Verhandlung in Leipzig teilgenommen hatte. Die Tatsache, dass das



Ort der Verhandlung: Das
Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.
Bild: BVerwG/Michael Moser

Rettungskonzept und die Zahl der Züge zentrale Themen der mündlichen Beratung gewesen seien, mache Hoffnung, dass Oldenburg in diesen Bereichen noch Verbesserungen bekomme. Klaukien fühlt sich daher in der Entscheidung des Rates, den Klageweg zu beschreiten, bestätigt: „Als Kommunalpolitiker ist es unsere Pflicht, sämtliche Mittel auszuschöpfen, um die betroffenen Anlieger vor den Auswirkungen des zunehmenden Bahnverkehrs bestmöglich zu schützen.“

Uni-Medizin: Einsatz zahlt sich aus



Einsatz für die EMS: Politik und Verwaltung ziehen in Oldenburg an einem Strang. Bild: Oliver Bloch

Die weitere Finanzierung der Oldenburger Uni-Medizin ist gesichert. „Dazu beigetragen hat auch der außergewöhnliche Einsatz unserer Region. Damit haben wir uns in Hannover Gehör verschafft“, lobte die Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Dr. Esther

Niewerth-Baumann. Noch im Juli hatte die Landesregierung bekannt gegeben, die Mittel für den dringend benötigten Ausbau der EMS nicht im Haushalt 2021 bereitzustellen. Daraufhin hatte sich heftiger Widerstand im Oldenburger Land formiert: Wirtschaft, Kliniken, Kammern und weitere Institutionen haben sich gemeinsam mit der Politik für die Erweiterung der European Medical School (EMS) eingesetzt. Mit seiner Resolution hat auch der Oldenburger Stadtrat in der September-Sitzung die Forderungen untermauert.

Mit Erfolg: Der Koalitionsausschuss in Hannover teilte Ende September mit, die erforderlichen Mittel für das neue Forschungsgebäude im geplanten Doppelhaushalt 2022/23 des Landes Niedersachsen zur Verfügung zu stellen. Die Rede ist von 40 Millionen Euro. Weitere 40 Millionen Euro kommen aus dem Etat des Wissenschaftsministeriums hinzu. Die benötigte Anatomie will die Universität Oldenburg aus eigenen Mitteln bestreiten. Insgesamt liegt der Finanzbedarf für den EMS-Ausbau bei rund 142 Millionen Euro. „Wir haben wichtige Etappenziele erreicht und werden nicht locker lassen“, sagte Esther Niewerth-Baumann: „Dank der Zusage ist die medizinische Versorgung in der Region auch in Zukunft gesichert.“

Offenes Ohr für Oldenburger Schausteller

Die Situation der Oldenburger Schausteller war Thema eines Besuches des Berufsverbandes der Schausteller und Marktkaufleute (BSM) in der letzten Fraktionssitzung. Das Gespräch nutzten die Gäste, um die coronabedingten Probleme



Nur für das Foto auf Distanz: Die Fraktion steht an der Seite der Schausteller.
Bild: Oliver Bloch

ihrer Branche darzustellen, die aufgrund der zahlreichen Absagen von Volksfesten besorgniserregend seien. Die Fraktion begrüßte das Engagement der Schausteller. „Zwischen CDU und Oldenburger Schausteller passt kein Blatt“, signalisierte Fraktionsvize Christoph Baak Unterstützung.

Aktionsplan: Häusliche Gewalt keine Privatsache

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache. Im Gegenteil: Sie zu bekämpfen, ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Grundlage hierfür ist in Oldenburg künftig ein „Kommunaler Aktionsplan“, der in der September-Sitzung des Rates einstimmig beschlossen wurde. „Mit dem heutigen Beschluss machen wir deutlich, dass es in Oldenburg für Gewalt in unseren Familien und in unserer Gesellschaft keinen Platz



Ratsfrau Annika Eickhoff

gibt und dass Frauen, die misshandelt werden, unsere Unterstützung und unsere Solidarität haben“, sagte Ratsfrau Annika Eickhoff in ihrer Rede: „Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, die schon jetzt vorhandenen Unterstützungsstrukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die handelnden Akteure müssen gestärkt und geschützt werden.“

Zudem erinnerte sie an einen weiteren Aspekt häuslicher Gewalt, der nicht vernachlässigt werden dürfe: der Gewalt gegen Männer. „In den Haushaltsberatungen für dieses Jahr haben wir uns erfolgreich für eine Förderung des Vereins Männerwohnhilfe eingesetzt. Er bietet von häuslicher Gewalt betroffenen Männern in Oldenburg die einzige Möglichkeit, sich niedrigschwellige Hilfe zu holen“, erläuterte Annika Eickhoff: „Die CDU-Fraktion begrüßt daher ausdrücklich die Handlungsempfehlung im Aktionsplan, mit anderen Kommunen ein überregionales Männerschutzhaus zu entwickeln.“

Aus den Ausschüssen

Haarentor

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan für das ehemalige Diakonie-Gelände am Schützenweg wird von der CDU-Fraktion unterstützt. Mit dem Aufstellungsbeschluss, der im **Verwaltungsausschuss** am 26. Oktober gefasst werden soll, werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Projekt „Lebensquartier Haarentor“ mit einem Nutzungsmix unter anderem aus Wohnen, Senioren- und Kinderbetreuung geschaffen. Die CDU-Fraktion befürwortet das Projekt des Investors Linden Projekt GmbH grundsätzlich, wobei die weiteren Details im Laufe der Bauleitplanung konkretisiert werden. Die Befürchtungen der Bürgerinitiative einer überdimensionalen Bebauung mit starker Verkehrszunahme und ökologischen Schäden seien unbegründet, sagte der Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien: „Politik und Verwaltung halten das Heft des Handelns fest in der Hand. Wir sind uns der Verantwortung gegenüber Anwohnern und Investor bewusst.“ Das Bauleitverfahren steht zudem erst am Anfang. Im Zuge dessen werden auch die Bürger daran beteiligt. So werden in einem weiteren Schritt die Planungen öffentlich ausgelegt mit der Möglichkeit, Stellungnahmen hierzu abzugeben.

5

Finanzamt

Die Jury hat entschieden: Einstimmig gab sie dem Entwurf der RKW-Architekten für das Neubauprojekt auf dem ehemaligen Finanzamtsgelände den Zuschlag. Der Oldenburger Unternehmer und Investor Klaus Oetken hatte den Architektenwettbewerb ins Leben gerufen. Für rund 50 Millionen Euro soll der neue Gebäudekomplex an der 91er-Straße



Platz für Neuanfang: Das Gelände des Finanzamtes an der 91er-Straße. Bild: Niewerth-Baumann

entstehen. Vorgesehen ist unter anderem ein Verbrauchermarkt in Form einer „Markthalle“ im Erdgeschoss sowie eine sich oberhalb der Erdgeschoss-Ebene nach Süden öffnende Hofsituation. Dieser halböffentliche grüne Innenhof soll mit einer U-förmigen Bebauung, die bis zu weitere sechs Geschosse für Flächen des betreuten Wohnens und Pflege, Büroflächen, Wohngruppen für Altenwohnen, weitere

Wohnflächen und gegebenenfalls eine Kindertagesstätte vorsieht, umrahmt werden. „Dem Aufstellungsbeschluss im Bauausschuss haben wir zugestimmt, da wir diesen für unproblematisch halten. Es ist wichtig, dass es mit der Planung an der Heiligengeiststraße vorangeht“, sagte Dr. Esther Niewerth-Baumann, die der Jury als beratendes Mitglied angehört. Im nächsten Schritt soll ein Auslegungsbeschluss gefasst werden, der die Planung weiter konkretisiert.

Demografie

Der demografische Wandel als Chance – so lautet der Titel der Oldenburger Demografie-Strategie, die den altersbedingten Veränderungen unserer Gesellschaft Rechnung tragen will. „Der demografische Wandel betrifft jeden Einzelnen von uns. Aber, wir sind den Ursachen und den Folgen nicht hilflos ausgeliefert. Denn wir haben durchaus Möglichkeiten zu handeln und die Zukunft zu beeinflussen“, sagte Klaus Raschke, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, der den Bericht der Verwaltung als „solide Grundlage“ würdigte und alle Bürgerinnen und Bürger aufrief, sich aktiv an dem Prozess zu beteiligen.

Weitere Informationen über die Arbeit der CDU-Fraktion finden Sie auf unserer Internetseite: www.cdu-fraktion-oldenburg.de

Das Fraktionsbüro der CDU erreichen Sie telefonisch unter 0441 – 2352686.